

Anfrage Pfäffli betreffend Einhaltung des Entsendegesetzes und des Gesetzes gegen die Schwarzarbeit im Zweitwohnungsbereich

Auf eine entsprechende Frage in einem Vorstoss im Zusammenhang mit dem Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit in der Oktobersession 2008 antwortete die Regierung in der Februarsession 2009, dass im Kanton Graubünden keine Sensibilisierungskampagne bei den Zweitwohnungsbesitzern geplant werde. Ziel dieser Kampagne wäre das sehr hohe Missbrauchspotenzial bei den Hausangestellten im Zweitwohnungsbereich gewesen.

In den vergangenen Jahren ist nun auch ein stetiger Anstieg von aus der EU entsandten Arbeitern festzustellen, die direkt von Zweitwohnungsbesitzern bei Um- und Ausbaurbeiten – speziell im Innenausbau- und im Innendekorationsbereich – eingesetzt werden. Inwieweit bei diesen Arbeiten die in der Schweiz geltenden Lohnstandards und gesetzlichen Arbeitsbedingungen eingehalten werden, ist oft unklar. Aufgrund der zahlreichen Arbeitseinsätze während der Nacht sowie an Sonn- und Feiertagen sind in diesem Zusammenhang Fragezeichen wohl mehr als nur angebracht.

Schwarzarbeit und Verstösse gegen das als wichtige flankierende Massnahme bei der Personenfreizügigkeit eingesetzte Entsendegesetz sind im Kanton Graubünden speziell in den Orten mit hohem Zweitwohnungsanteil und in den grenznahen Regionen ein sehr ernst zu nehmendes Problem. Einheimische Arbeitnehmer, Handwerker und Gewerbebetriebe sind mit einer nicht fass- und kontrollierbaren Konkurrenz konfrontiert und müssen unverschuldet persönliche und wirtschaftliche Nachteile in Kauf nehmen. Den Gemeinden entgehen Steuereinnahmen und die Sozialwerke müssen auf erhebliche Beiträge verzichten.

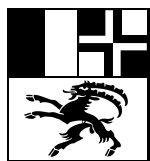
Für Graubünden mit seiner starken Tourismusabhängigkeit ist die Personenfreizügigkeit mit der EU sowohl heute als auch in Zukunft ein zentrales Fundament für den wirtschaftlichen Erfolg und die internationale Konkurrenzfähigkeit. Gleichzeitig wird der vorhandene Zweitwohnungsbestand in unserem Kanton als Wirtschaftsfaktor weiter an Bedeutung gewinnen. Dies heisst aber auch, dass das Missbrauchspotenzial, welches die Personenfreizügigkeit zweifelsohne mit sich bringt, gezielt bekämpft werden und die Akzeptanz der einheimischen Bevölkerung gegenüber dem Zweitwohnungsbestand erhalten und gefestigt werden muss. Dies wiederum kann nur durch eine konsequente Anwendung des Entsendegesetzes und des Gesetzes gegen die Schwarzarbeit gelingen.

Vor diesem Hintergrund wird die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen ersucht:

1. Mit welchen Massnahmen gedenkt die Regierung zukünftig das Entsendegesetz vom 1.6.2004 und das Gesetz gegen die Schwarzarbeit vom 1.1.2008 in unserem Kanton insbesondere bei ausländischen Zweitwohnungsbesitzern und in den grenznahen Regionen durchzusetzen?
2. Plant die Regierung aufgrund der oben geschilderten Situation Zweitwohnungsbesitzer künftig vermehrt und gezielter auf das Entsendegesetz und das Gesetz gegen Schwarzarbeit hinzuweisen?
3. Mit welchen Bussen müssen – speziell ausländische - Zweitwohnungsbesitzer allenfalls rechnen, wenn ihnen Verstösse gegen diese beiden Gesetze nachgewiesen werden?

Chur, 16. Juni 2011

Pfäffli, Augustin, Peyer, Aebli, Barandun, Baselgia-Brunner, Bezzola (Samedan), Bezzola (Zernez), Blumenthal, Buchli-Mannhart (Safien-Platz), Burkhardt, Campell, Casanova-Marion, Clalüna, Claus, Clavadetscher, Conrad, Engler, Fallet, Fasani, Fontana, Furrer-Caballar, Gartmann-Albin, Gasser, Geisseler, Giacomelli, Grass, Gunzinger, Hardegger, Hartmann (Champfèr), Hartmann (Chur), Heiz, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Jaag, Jeker, Jenny, Joos, Kappeler, Kasper, Krättli-Lori, Kunz (Fläsch), Kunz (Chur), Locher Benguerel, Mani-Heldstab, Meyer-Grass, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Michel, Müller, Nick, Niederer, Parolini, Pedrini, Perl, Pfenninger, Pult, Rathgeb, Righetti, Rosa, Steck-Rauch, Stiffler (Davos Platz), Stiffler (Chur), Thöny, Troncana-Sauer, Valär, Vetsch (Pragg-Jenaz), Waidacher, Wieland, Zweifel-Disch, Buchli (Felsberg), Kindschi, Lauber, Paterlini, Pfister



Sitzung vom

30. August 2011

Mitgeteilt den

02. September 2011

Protokoll Nr.

793

Anfrage Pfäffli

betreffend Einhaltung des Entsendegesetzes und des Gesetzes gegen die Schwarzarbeit im Zweitwohnungsbereich

Antwort der Regierung

Im Rahmen des Vollzuges der Flankierenden Massnahmen (FLAM) und des Schwarzarbeitsgesetzes konnte festgestellt werden, dass Verstösse gegen die orts- und berufsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen durchwegs von den ausländischen Entsendebetrieben zu verantworten sind. Dass ausländische Zweitwohnungsbesitzer selbst ausländische Bauarbeitskräfte illegal beschäftigen und damit gegen das Entsendegesetz resp. das Schwarzarbeitsgesetz verstossen, kommt äusserst selten vor. In Fällen, da Immobilieneigentümer ausländische selbstständig Erwerbstätige beauftragen, ist lediglich zu prüfen, ob eine Scheinselbständigkeit vorliegt. Selbständig Erwerbstätige sind nicht an Minimallöhne und Arbeitszeitbestimmungen gebunden.

1. Der Vollzug FLAM in Branchen mit allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen (ave-GAV) ist nicht Sache der Kantone, sondern Aufgabe der Paritätischen Berufskommissionen. Mit Ausnahme des Fliesenleger-, Bodenleger- und Innendekorateurgewerbes verfügen alle übrigen 12 Branchen des Bauhaupt- und Baunebengewerbes über ave-GAV, weshalb der Kanton in diesen Branchen nichts unternehmen kann. Zur Gewährleistung eines effizienten FLAM-Vollzuges haben sich diese ave-GAV-Branchen zum Verein Arbeitskontrollstelle Graubünden (AKGR) zusammengeschlossen, welcher vom Kanton mit jährlich Franken 50'000.-- subventioniert wird. Der Kontrolleur des AKGR arbeitet eng mit den Arbeitsmarktinspektoren des KIGA zusammen. Im Bauhaupt- und Baunebengewerbe waren im vergangenen Jahr 2'293 Unternehmungen mit 4'919 entsandten Arbeitskräften in unserem Kanton tätig. Davon wurden 1'100 Betriebe mit 2'500 Arbeitskräften kontrolliert; d.h., 50% der entsandten Arbeitskräfte sind kontrolliert

worden. Gemäss Definition des SECO fallen bei Entsendungen lediglich Verstösse gegen das Bewilligungsverfahren und bei selbständig Erwerbstätigen Verstösse gegen das Meldeverfahren in den Regelungsbereich des Schwarzarbeitsgesetzes. Diese Verstösse werden durch das KIGA geahndet. Bei Verstössen gegen das Nacht- und Sonntagsarbeitsverbot gemäss Arbeitsgesetz ist das KIGA auf Meldungen seitens der Gemeindebehörden oder Dritter angewiesen. Solche Meldungen gehen nur selten ein.

2. Wie dargelegt, sind es nicht die Zweitwohnungsbesitzer, sondern die ausländischen Unternehmer, welche in der Verantwortung stehen. Irgendwelche Informationskampagnen bei den auftraggebenden Zweitwohnungsbesitzern stossen daher ins Leere. Im Meldeverfahren bestätigt der ausländische Arbeitgeber entweder schriftlich oder im Rahmen der elektronischen Meldung, dass er die Entsendevorschriften kennt und sich verpflichtet, die orts- und berufsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuhalten. Über verschiedene Links beim Eingabeportal sind die Arbeitgeber, welche sich mehrheitlich des elektronischen Meldeverfahrens bedienen, ohne weiteres in der Lage, sich über die aktuellen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu orientieren. Angesichts dieser Verfügbarkeit der Informationen sieht die Regierung keinen zusätzlichen Informationsbedarf.
3. Gemäss Art. 117 Abs. 1 des Ausländergesetzes (AUG) können Auftraggeber, welche vorsätzlich Dienstleistungen von Entsandten in Anspruch nehmen, die über keine Arbeitsbewilligung verfügen, bestraft werden. Dieser theoretische Fall kommt in der Praxis kaum vor, da der Entsendebetriebe die Zulassungsformalitäten erledigt. In Frage kommen die Bestrafung des Entsendebetriebe wegen Verstössen gegen das Entsendegesetz, gegen das Arbeitsgesetz, ave-GAV sowie sehr selten gegen das Schwarzarbeitsgesetz. Je nach Art des Verstosses und Grössenordnung des Auftrages bewegen sich die Bussen zwischen einigen hundert und wenigen tausend Franken. Wirksamer sind Arbeitsverbote, welche das KIGA bei festgestellten Verstössen für max. 5 Jahre verfügt.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Martin Schmid

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen

Dumonda Pfäffli concernent l'observaziun da la lescha federala davart las lavurantas ed ils lavurants tramess en Svizra (LTram) e da la lescha federala davart la lavur illegala (LFLI) en il sector da las abitaziuns secundaras

Sin ina dumonda correspundenta d'ina intervenziun en connex cun la LFLI en la sessiun d'october 2008 ha la regenza respundi en la sessiun da favrer 2009 ch'il chantun Grischun na prevesia betg ina campagna da sensibilisaziun per las persunas che possedan in'abitaziun secundara. L'object da questa campagna fiss stà il potenzial d'abus fitg grond tar las employadas e tar ils employads da chasa en il sector da las abitaziuns secundaras.

Ils onns passads èsi alura er vegnì constatà in augment cuntinuà da lavurantas e da lavurants da la UE che vegnan en Svizra e che vegnan engaschads directamain da las persunas che possedan in'abitaziun secundara per lavurs da renovaziun e da cumplettaziun, en spezial en il sector da la construcziun e da la decoraziun da l'interiur. Quant enavant ch'ils standards da salari e las cundiziuns da lavur legalas che valan en Svizra vegnan observads per questas lavurs, n'è savens betg cler. Pervia dals numerus engaschaments da lavur durant la notg, durant las dumengias e durant ils firads èsi bain pli che mo inditgà da metter tscherts segns da dumonda en quest connex.

La lavur illegala e cuntravenziuns cunter la LTram, che vegn applitgada sco mesira accompagnanta impurtanta en connex cun la libra circulaziun da persunas, è in problem fitg serius en il chantun Grischun, spezialmain en lieus cun ina gronda quota d'abitaziuns secundaras ed en regiuns da cunfin. Lavurantas e lavurants, mastergnantas e mastergnants sco er interpresas artisanalas dal lieu èn confruntads cun ina concorrenza betg palpabla e betg controllabla e ston acceptar senza culpa dischavantatgs persunals ed economics. Las vischnancas perdan entradas fiscalas e las ovras socialas ston renunziar a contribuziuns considerablas.

Per il Grischun cun sia gronda dependenza dal turissem è la libra circulaziun da persunas cun la UE tant oz sco er en l'avegnir in fundament central per il success economic e per la cumpetitivitad internaziunala. A medem temp vegn l'impurtanza da l'effectiv d'abitaziuns secundaras existentas en noss chantun a s'augmentar sco factur economic. Quai vul dentant er dir ch'il potenzial d'abus, che resulta senza dubi da la libra circulaziun da persunas, sto vegnir cumbatti sistematicamain e che l'acceptanza da la populaziun indigena envers l'effectiv d'abitaziuns secundaras sto vegnir mantegnida e rinforzada. Quai po dentant reussir mo, sche la LTram e la LFLI vegnan applitgadas consequentamain.

En vista a quests fatgs vegn la regenza supplitgada da responder las suandantas dumondas:

1. Cun tge mesiras ha la regenza l'intenziun da far valair en noss chantun la LTram e la LFLI (ch'èn entradas en vigur il 1. da zercladur 2004 resp. il 1. da schaner 2008), en spezial en cas da persunas estras che possedan in'abitaziun secundara sco er en regiuns da cunfin?
2. Planisescha la regenza – sin basa da la situaziun descritta qua survart – da render attent en l'avegnir pli savens e pli sistematicamain las persunas che possedan in'abitaziun secundara a la LTram ed a la LFLI?
3. Cun tge multas ston en spezial persunas estras che possedan in'abitaziun secundara eventualmain far quint, sch'i vegn cumprovà ch'ellas han cuntrafatg a questas duas leschas?

Cuira, ils 16 da zercladur 2011

Pfäffli, Augustin, Peyer, Aebli, Barandun, Baselgia-Brunner, Bezzola (Samedan), Bezzola (Zernez), Blumenthal, Buchli-Mannhart (Stussavgia Plaz), Burkhardt, Campell, Casanova-Marion, Clalüna, Claus, Clavadetscher, Conrad, Engler, Fallet, Fasani, Fontana, Furrer-Cabalzar, Gartmann-Albin, Gasser, Geisseler, Giacomelli, Grass, Gunzinger, Hardegger, Hartmann (Champfèr), Hartmann (Cuira), Heiz, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Jaag, Jeker, Jenny, Joos, Kappeler, Kasper, Krättli-Lori, Kunz (Fläsch), Kunz (Cuira), Locher Benguerel, Mani-Heldstab, Meyer-Grass, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Michel, Müller, Nick, Niederer, Parolini, Pedrini, Perl, Pfenninger, Pult, Rathgeb, Righetti, Rosa, Steck-Rauch, Stiffler (Tavau Plaz), Stiffler (Cuira), Thöny, Troncana-Sauer, Valär, Vetsch (Pragg-Jenaz), Waidacher, Wieland, Zweifel-Disch, Buchli (Favugn), Kindschi, Lauber, Paterlini, Pfister



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

30 d'avust 2011

02 da settember 2011

793

Dumonda Pfäffli

concernent l'observaziun da la lescha federala davart las lavurantas ed ils lavurants tramess en Svizra (LTram) e da la lescha federala davart la lavur illegala (LFLI) en il sector da las abitaziuns secundaras

Resposta da la regenza

En il rom da l'execuziun da las mesiras accompagnantas (MA) e da LFLI hai pudì vegnir constatà che las cuntravenziuns cunter las cundiziuns da salari e da lavur usitadas en il lieu ed en la branscha stattan adina en la responsadad dals manaschis esters che tramettan lavurantas e lavurants en Svizra. Che persunas estras, che possedan in'abitaziun secundara, engaschan sezzas illegalmain lavurantas e lavurants da construcziun e cuntrafan pia a la LTram resp. a la LFLI, è ina gronda raritad. En cas, nua che proprietarias e proprietaris d'immobiglias incumbenseschan persunas estras cun activitad da gudogn independenta, stoi sulettamain vegnir controllà, sch'igl è avant maun ina pseudoindipendenza. Persunas cun activitad da gudogn independenta n'èn betg liadas vi da salaris minimalis e vi da disposiziuns davart il temp da lavur.

1. L'execuziun da las MA en branschas cun contracts collectivs da lavur declarads sco generalmain impegnativs (CCL-dgi) n'è betg chausa dals chantuns, mabain da las cumissiuns professiunalas pariteticas. Cun excepziun da las branschas da tschentaplattas, da tschentapalantschieus e da decoraziun d'interiurs han tut las ulteriuras 12 branschas da l'industria principala e secundara da construcziun in CCL-dgi, uschia ch'il chantun na po prender per mauns nagut en questas branschas. Per garantir in'execuziun effizienta da las MA èn questas branschas cun CCL-dgi s'unidas al post da controlla da la lavur dal Grischun (PCGR). Il chantun subvenziunescha mintga onn il PCGR cun 50'000.– francs. Il controllader dal PCGR collavura stretgamain cun ils inspecturs dal martgà da lavur da l'uffizi per industria, mastergn e lavur (UCIML). En l'industria principala e secundara da construcziun èn stadas activas l'onn passà en noss chantun 2'293 interpresas cun 4'919 lavurantas e lavurants tramess en Svizra. Da quai èn vegnids controllads 1'100 manaschis cun 2'500 lavurantas e lavurants, pia 50% da las lavurantas e lavurants tramess en Svizra. Tenor la definiziun dal SECO cumpiglia il champ da

regulaziun da la LFLI – en cas da lavurantas e da lavurants tramess en Svizra – mo cuntravenziuns cunter la procedura da permissiun ed – en cas da persunas cun activitad da gudogn independenta – mo cuntravenziuns cunter la procedura d'annunzia. Questas cuntravenziuns vegnan chastiadadas dal UCIML. En cas da cuntravenziuns cunter il scumond da lavurar la notg e las dumengias tenor la lescha da lavur (LL) è il UCIML dependent d'annunzias da vart da las autoritads communalas u da vart da terzas persunas. Talas annunzias vegnan fatgas mo darar.

2. Sco ch'igl è vegnì explitgà, n'è la responsabladad betg tar las persunas che possedan in'abitaziun secundara, mabain tar las interpresas estras. Campagnas d'infurmaziun d'ina moda u l'autra tar las persunas che possedan in'abitaziun secundara e che incumbenseschan las interpresas, èn perquai invanas. En la procedura d'annunzia conferma la patruna u il patrun ester ubain en scrit ubain sin via electronica ch'ella u el enconuschia las prescripziuns davart las lavurantas ed ils lavurants tramess en Svizra e ch'ella u el s'obligheschia d'observar las cundiziuns da salari e da lavur usitadas en il lieu ed en la bransch. Sur differents links sin il portal d'endataziun èn las patrunas ed ils patruns – che s'annunzian per gronda part sin via electronica – senz'auter en cas da s'orientar davart las cundiziuns da salari e da lavur actualas. En vista a questa disponibladad da las infurmaziuns na vesa la regenza betg in basegn d'infurmaziun supplementar.
3. Tenor l'art. 117 al. 1 da la lescha federala davart las persunas estras (LEst) pon incumbensadras ed incumbensaders vegnir chastiad, sch'ellas ed els recurren intenziunadamain als servetschs da lavurantas e da lavurants tramess en Svizra che n'han betg ina permissiun da lavur. Quest cas teoretic capita darar en la pratica, perquai ch'il manaschi che trametta lavurantas e lavurants en Svizra liquidescha las formalitads d'admissiun. En dumonda vegnan chastis cunter il manaschi che trametta lavurantas e lavurants en Svizra pervia da cuntravenziuns cunter la LTram, cunter la LL, cunter il CCL-dgi e fitg darar cunter la LFLI. Tut tenor il gener da la cuntravenziun e tut tenor la dimensiun da l'incumbensa sa chattan las multas tranter intgins tschients e paucs millis francs. Pli efficacis èn scumonds da lavurar. Tals scumonds pronunzia il UCIML en cas da cuntravenziuns constatadas per maximalmain 5 onns.



En num da la regenza

Il president:

dr. Martin Schmid

Il chancelier:

dr. C. Riesen

Interpellanza Pfäffli concernente il rispetto della legge sui lavoratori distaccati e della legge contro il lavoro nero nell'ambito delle residenze secondarie

Nella sessione di febbraio 2009, rispondendo a una domanda posta in un intervento parlamentare presentato nella sessione di ottobre 2008 relativo alla legge federale contro il lavoro nero, il Governo aveva spiegato che nel Cantone dei Grigioni non sarebbe stata prevista nessuna campagna di sensibilizzazione indirizzata ai proprietari di abitazioni secondarie. Il bersaglio di questa campagna sarebbe stato il potenziale d'abusi molto alto tra gli impiegati domestici nel settore delle residenze secondarie.

Negli anni scorsi si è anche constatato un continuo aumento di lavoratori distaccati provenienti dall'UE impiegati direttamente dai proprietari di residenze secondarie per lavori di trasformazione e ampliamento, in particolare nel settore delle rifiniture interne e della decorazione interna. Spesso non è chiaro fino a che punto durante questi lavori vengano rispettati gli standard salariali e le condizioni di lavoro previste dalla legge validi in Svizzera. A seguito delle numerose prestazioni lavorative durante la notte, nonché la domenica e durante giorni festivi, a questo proposito è più che pertinente porsi delle domande.

Il lavoro nero e le infrazioni alla legge sui lavoratori distaccati, utilizzata come importante misura di accompagnamento nell'ambito della libera circolazione delle persone, vanno considerati un problema molto serio nel Cantone dei Grigioni, in particolare nei luoghi con un'alta concentrazione di residenze secondarie e nelle regioni di confine. I lavoratori, gli artigiani e le aziende artigianali del posto sono confrontati con una concorrenza non rilevabile e non controllabile e devono accettare svantaggi personali ed economici senza averne colpa. I comuni perdono entrate fiscali e le assicurazioni sociali devono rinunciare a contributi considerevoli.

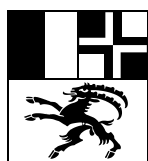
Per il Cantone dei Grigioni, fortemente dipendente dal turismo, la libera circolazione delle persone con l'UE è fondamentale per il successo economico e per la competitività internazionale, sia oggi, sia in futuro. Contemporaneamente, l'importanza dell'effettivo di residenze secondarie presente nel nostro Cantone quale fattore economico aumenterà ulteriormente. Tuttavia, ciò significa anche che il potenziale d'abusi, senza dubbio associato alla libera circolazione delle persone, andrà ostacolato in modo mirato e che il consenso della popolazione locale nei confronti dell'effettivo di residenze secondarie andrà mantenuto e rafforzato. A sua volta, ciò può riuscire solo con un'applicazione coerente della legge sui lavoratori distaccati e della legge contro il lavoro nero.

In base a quanto esposto si invita il Governo a rispondere alle seguenti domande:

1. Con quali misure il Governo intende in futuro imporre nel nostro Cantone la legge sui lavoratori distaccati dell'1.6.2004 e la legge contro il lavoro nero dell'1.1.2008, in particolare ai proprietari stranieri di residenze secondarie e nelle regioni di confine?
2. A seguito della situazione descritta, il Governo intende richiamare maggiormente e in modo più mirato l'attenzione dei proprietari di residenze secondarie sulla legge sui lavoratori distaccati e sulla legge contro il lavoro nero?
3. Quali multe devono eventualmente attendersi i proprietari di residenze secondarie, in particolare stranieri, se le loro infrazioni a queste due leggi vengono constatate?

Coira, 16 giugno 2011

Pfäffli, Augustin, Peyer, Aebli, Barandun, Baselgia-Brunner, Bezzola (Samedan), Bezzola (Zernez), Blumenthal, Buchli-Mannhart (Safien-Platz), Burkhardt, Campell, Casanova-Maron, Clalüna, Claus, Clavadetscher, Conrad, Engler, Fallet, Fasani, Fontana, Furrer-Cabalzar, Gartmann-Albin, Gasser, Geisseler, Giacomelli, Grass, Gunzinger, Hardegger, Hartmann (Champfèr), Hartmann (Coira), Heiz, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Jaag, Jeker, Jenny, Joos, Kappeler, Kasper, Krättli-Lori, Kunz (Fläsch), Kunz (Coira), Locher Benguerel, Mani-Heldstab, Meyer-Grass, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Michel, Müller, Nick, Niederer, Parolini, Pedrini, Perl, Pfenninger, Pult, Rathgeb, Righetti, Rosa, Steck-Rauch, Stiffler (Davos Platz), Stiffler (Coira), Thöny, Troncana-Sauer, Valär, Vetsch (Pragg-Jenaz), Waidacher, Wieland, Zweifel-Disch, Buchli (Felsberg), Kindschi, Lauber, Paterlini, Pfister



Seduta del

30 agosto 2011

Comunicata il

02 settembre 2011

Protocollo n.

793

Interpellanza Pfäffli

concernente il rispetto della legge sui lavoratori distaccati e della legge contro il lavoro nero nell'ambito delle residenze secondarie

Risposta del Governo

Nel quadro dell'esecuzione delle misure di accompagnamento e della legge contro il lavoro nero, si è potuto stabilire che le infrazioni alle condizioni salariali e lavorative usuali per il luogo e la professione vanno integralmente attribuite a imprese estere che distaccano lavoratori in Svizzera. Succede molto raramente che proprietari stranieri di abitazioni secondarie incarichino direttamente in modo illegale dei lavoratori stranieri e quindi violino la legge federale sui lavoratori distaccati in Svizzera e la legge contro il lavoro nero. Nei casi in cui dei proprietari stranieri di immobili incaricano dei lavoratori indipendenti, va semplicemente verificato se non si tratti di un'indipendenza apparente. I lavoratori indipendenti non sono soggetti a salari minimi e a disposizioni relative all'orario di lavoro.

1. L'esecuzione delle misure d'accompagnamento in settori con contratti collettivi di lavoro dichiarati di obbligatorietà generale (CCL di obbligatorietà generale) non è compito del Cantone, bensì delle commissioni professionali paritetiche. Ad eccezione del settore dei pavimentatori in piastrelle, dei posatori di pavimenti e dei decoratori d'interni, tutti gli altri 12 settori dell'edilizia, dell'ingegneria civile e dei rami accessori dell'edilizia dispongono di un CCL di obbligatorietà generale, motivo per cui il Cantone in questi settori non può intervenire. Per garantire un'esecuzione efficiente delle misure di accompagnamento, i settori con CCL di obbligatorietà generale si sono riuniti nell'associazione Ufficio di vigilanza sul lavoro dei Grigioni (AKGR), sovvenzionata dal Cantone con 50'000 franchi all'anno. Il controllore dell'AKGR lavora in stretta collaborazione con gli ispettori del lavoro dell'UCIAML. Nell'edilizia, nell'ingegneria civile e nei rami accessori dell'edilizia, l'anno scorso nel nostro Cantone erano attive 2'293 imprese con 4'919 lavoratori distaccati. Sono state controllate 1'100 imprese con 2'500 lavoratori; il 50% dei lavoratori distaccati è quindi stato controllato. Secondo la definizione della SECO, nel settore

contemplato dalla legge contro il lavoro nero nel caso di distaccamenti rientrano solo infrazioni alla procedura di autorizzazione, mentre nel caso di lavoratori indipendenti vi rientrano infrazioni contro la procedura di notifica. Queste infrazioni vengono punite dall'UCIAML. In caso di infrazioni al divieto del lavoro notturno e domenicale conformemente alla legge sul lavoro, l'UCIAML dipende da segnalazioni da parte delle autorità comunali o di terzi. Segnalazioni di questo tipo giungono solo di rado.

2. Come spiegato, i responsabili non sono i proprietari di abitazioni secondarie, bensì le imprese straniere. Qualsiasi campagna informativa a destinazione dei committenti proprietari di abitazioni secondarie non avrebbe quindi alcun risultato. Nella procedura di notifica, il datore di lavoro straniero conferma per iscritto o nel quadro di una notifica elettronica che egli è al corrente delle prescrizioni di distaccamento e che si impegna a rispettare le condizioni salariali e lavorative usuali per il luogo e la professione. Tramite diversi link sul portale d'immissione, i datori di lavoro, che utilizzano perlopiù la procedura di notifica elettronica, sono senz'altro in grado di informarsi sulle condizioni salariali e lavorative attuali. Considerando questa disponibilità di informazioni, il Governo non vede un'ulteriore necessità d'informazione.

3. Conformemente all'art. 117 cpv. 1 della legge sugli stranieri (LStr), i committenti che intenzionalmente fanno capo a servizi di lavoratori distaccati che non dispongono di un permesso di lavoro possono essere puniti. Questo caso teorico non si realizza quasi mai, dato che il datore di lavoro estero che distacca lavoratori evade le formalità d'ammissione. La punizione del datore di lavoro estero che distacca lavoratori entra in considerazione a causa dell'infrazione alla legge federale sui lavoratori distaccati in Svizzera, alla legge sul lavoro, al CCL di obbligatorietà generale, nonché molto raramente a causa dell'infrazione alla legge contro il lavoro nero. A seconda del tipo di infrazione e dell'entità dell'incarico, le multe variano da alcune centinaia a poche migliaia di franchi. Risultano più efficaci i divieti di lavorare che l'UCIAML dispone per al massimo 5 anni in caso di infrazioni accertate.



In nome del Governo

Il Presidente:

dott. Martin Schmid

Il Cancelliere:

dott. C. Riesen